

# **Stadtverordnetenversammlung**

## **Protokoll Nr. STV/07/2021**

**über die öffentliche Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung am 27.09.2021,  
Ahrensburg, Eric-Kandel-Gymnasium,  
Turnhalle, Reesenbüttler Redder 4 - 10**

Beginn : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 21:21 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Roland Wilde

#### **Stadtverordnete**

Herr Thomas Bellizzi  
Herr Oliver Böge  
Frau Doris Brandt  
Herr Peter Egan  
Herr Uwe Gaumann  
Frau Susanna Hansen  
Herr Timo Hennig  
Frau Cordelia Koenig  
Herr Markus Kubczigk  
Herr Stephan Lamprecht  
Herr Detlef Levenhagen  
Frau Nadine Levenhagen  
Herr Horst Marzi  
Herr Ali Haydar Mercan  
Herr Bela Randschau  
Herr Bernd Röper  
Herr Wolfgang Schäfer  
Herr Christian Schubbert-von Hobe  
Herr Dr. Detlef Steuer  
Frau Sophie von Hülsen  
Frau Silke von Stockum

#### **Sonstige, Gäste**

Herr Tim Grammerstorf  
Herr Edgar Müller  
Herr Yoshka Reuss

Vorsitzender KiuJub  
Vorsitzender Seniorenbeirat  
Veranstaltungstechnik

## **Verwaltung**

Herr Michael Sarach  
Herr Finn Blunck  
Herr Marcel Grindel  
Herr Dieter Jötten  
Herr Peter Kania  
Frau Neomi Munneke  
Rolf Schmidt  
Herr Henry Stamer

Bürgermeister

Protokollführerin  
Aufsichtsperson

## **Entschuldigt fehlen**

Herr Gerhard Bartel  
Frau Carola Behr  
Herr Claas-Christian Dähnhardt  
Herr Jürgen Eckert  
Herr Rolf Griesenberg  
Herr Volkmar Kleinschmidt  
Frau Susanne Lohmann  
Herr Marcus Olszok  
Herr Jochen Proske  
Frau Kristin Schilling  
Frau Karen Schmick  
Herr Christian Schmidt  
Herr Erik Schrader  
Herr Wolfdietrich Siller  
Herr Matthias Stern  
Herr Benjamin Stukenberg  
Herr Michael Stukenberg  
Herr Nils Warnick

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

### **Ö f f e n t l i c h e r   T e i l**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 5.1. Berichte gem. § 45 c GO
  - 5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
6. Antrag der CDU Umbesetzung im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss **AN/054/2021**
7. Antrag der SPD auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/056/2021**
8. Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis90/Die Grünen, WAB zum Bau der Tiefgarage AN/038/2021
9. Aufhebung der Auswahlentscheidung vom 23. September 2019 zur Neuvergabe der Stromkonzession in der Stadt Ahrensburg nach § 46 EnWG **2021/050**
10. 3. Änderung der Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Ahrensburg (Parkgebührenverordnung) **2021/081**
11. Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB für den Geltungsbereich des B-Plans Nr. 98 - Neufassung wegen Anpassung gesetzlicher Grundlagen **2021/082**
12. Beschluss zur Fortführung des On-Demand-Verkehrs Ahrensburg in 2022 und 2023 **2021/086/1**

# Öffentlicher Teil

## 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Bürgermeister Wilde gibt die üblichen Hinweise zu den Hygieneregeln und weist darauf hin, dass jegliche Foto- und Bildaufnahmen nicht zulässig sind.

## 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## 3. Einwohnerfragestunde

Frage von Herrn Jörg Sievers bzgl. TOP 12:

Herr Sievers wohnt in der Steinkampsiedlung und er sowie eine weitere Person im Haushalt nutzen regelmäßig ioki. Er merkt an, dass er das Projekt gut und sinnvoll finde, aber die Kapazitäten gerade zu Pendlerzeiten nicht ausreichen würden. Außerdem merkt er an, dass die Buslinien nicht abgeschafft werden sollten. Er weist zudem daraufhin, dass seine Familie zurzeit 80,- € mehr im Monat für ioki ausgeben würde und regt eine andere Refinanzierung für ioki an.

Bürgermeister Wilde bedankt sich für die Frage und merkt an, dass darauf später im TOP 12 noch ausführlich eingegangen werde.

Zu der Anfrage von Herrn Elmers vom 17.09.2021 verliest Bürgermeister Sarach einen Entwurf der Stellungnahme (vgl. Anlage) und führt ergänzend aus, dass vorab ein ausführliches Telefonat zwischen Herrn Elmers und Herrn Blunck stattgefunden habe, währenddessen Details besprochen wurden.

#### **4. Festsetzung der Tagesordnung**

Bürgervorsteher Wilde weist daraufhin, dass es zu TOP 12 eine aktualisierte Vorlage 2021/086/1 gebe und diese rechtzeitig freigeschaltet worden sei und daher Basis der heutigen Tagesordnung sei. Nach diesem Hinweis wird über die Tagesordnung insgesamt abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:            Alle dafür**

Die Tagesordnung ist damit einstimmig beschlossen.

#### **5. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**

Bürgermeister Sarach begrüßt die Anwesenden und beginnt mit dem Dank an alle Wahlhelfer:innen der gestrigen Bundestags- und Bürgermeisterwahl. Er dankt auch insbesondere allen Mitarbeitenden aus der Verwaltung, die mitgewirkt haben. Er macht weitere Ausführungen zur Briefwahl.

Bürgermeister Sarach weist auf die etwas geringere Wahlbeteiligung bei der Bürgermeisterwahl (BMW) 2021 im Verhältnis zu der Bundestagswahl (BTW) 2021 hin (83,9% BTW und 76,5% BMW) und appelliert an alle, ihre demokratischen Rechte auch bei der Stichwahl zur BMW wahrzunehmen.

Bürgermeister Sarach erwähnt, dass es noch keinen neuen Finanzbericht gibt, da der letzte erst in der Stadtverordnetenversammlung vor einer Woche (am 20.09.2021) vorgestellt wurde.

Außerdem merkt Bürgermeister Sarach an, dass die Gutscheinaktion für das Ahrensburger Stadtgeld mittlerweile durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft wurde und nur wenige Betrugsfälle festgestellt wurden. Die Prüfung ist insbesondere zur Feststellung der Sicherheit des Verfahrens und der Verwendung der Mittel veranlasst worden. Durch die Prüfung konnte insgesamt dargelegt werden, dass die Gutscheinaktion verwaltungsmäßig gut umgesetzt wurde.

Mit Verweis auf eine vor kurzem durchgeführte Abfrage des Städteverbandes weist Bürgermeister Sarach daraufhin, dass gewichtige verfassungsrechtliche Gründe für die Beibehaltung des bisherigen Wahlrechts sprechen würden.

Bürgervorsteher Wilde trägt ergänzend vor, dass er im Namen des Präsidiums die hohe Wahlbeteiligung loben und den Bürger:innen dafür danken möchte.

**5.1. Berichte gem. § 45 c GO**

- Keine -

**5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen**

- Keine -

**AN/054/2021**

**6. Antrag der CDU Umbesetzung im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss**

Bürgervorsteher Wilde stellt den Antrag AN/054/2021 vor.

Die CDU beantragt, Frau Sophie von Hülsen neu im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss einzusetzen.

**Abstimmungsergebnis: 20 dafür / 1 Enthaltung**

Dem Antrag AN/054/2021 wurde somit zugestimmt.

**7. Antrag der SPD auf Umbesetzung von Ausschüssen**

Bürgervorsteher Wilde stellt den Antrag AN/056/2021 vor.

Die SPD beantragt, im Hauptausschuss und Finanzausschuss neu Herrn Gerhard Bartel (Vertreter) einzusetzen.

Im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss soll für Philine Krohn (BM, Vertreterin) neu Gerhard Bartel (Vertreter) und neu Margit Goldbeck (Vertreterin) eingesetzt werden.

Im Sozialausschuss soll für Philine Krohn (BM) neu Stephan Lamprecht und neu Jürgen Eckert (Vertreter) eingesetzt werden.

Im Umweltausschuss sollen neu Markus Kubczigk (Vertreter) und Silke von Stockum (Vertreterin) eingesetzt werden.

Im Bau- und Planungsausschuss soll neu Jürgen Eckert (Vertreter) eingesetzt werden.

Im Werkausschuss soll neu Markus Kubczigk (Vertreter) eingesetzt werden.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Dem Antrag AN/056/2021 wurde somit zugestimmt.

## **8. Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis90/Die Grünen, WAB zum Bau der Tiefgarage AN/038/2021**

Bürgermeister Wilde stellt den Antrag AN/038/2021 der Fraktionen CDU, Bündnis90/Die Grünen und WAB vor.

Es wird beantragt, dass der BPA beschließt:

Die Planungen zur Umsetzung der Tiefgarage werden umgehend eingestellt und nicht weiterverfolgt.

Das Architekturbüro wird beauftragt, den urbanen Park ohne Tiefgarage zu planen.

Begründung: Das Parkraumkonzept hat gezeigt, dass Ahrensburg über ein großzügiges Angebot an Parkplätzen verfügt, die auch zu Stoßzeiten nicht ausgelastet sind.

Abstimmungsergebnis im BPA am 01.09.2021: Alle dafür.

Stadtverordneter Randschau bedankt sich für den Antrag und unterstützt diesen grundsätzlich. Er äußert Kritik an dem nicht vorhandenen Parkraum- und Verkehrsplanungskonzept, welches als Maßstab für das Bauvorhaben unbedingt notwendig ist. Als Maßstab können insbesondere nicht die ermittelten Zahlen während der Zeit der Corona-Situation herangezogen werden, da die meisten Läden geschlossen waren. Er spricht sich erneut gegen den Bau der Tiefgarage aus und äußert den Wunsch, für weitere/alternative Projekte (z.B. Parkhaus) zunächst ausreichend zu planen und erst dann Maßnahmen zu beschließen. Dadurch würden auch keine Planungskosten verschwendet werden – im Falle der Tiefgarage 100.000,- €. Insgesamt wünscht er sich dringend eine andere Planungskultur.

Stadtverordneter D. Levenhagen weist darauf hin, dass die Zahlen, die erhoben wurden trotz Corona-Situation verwendbar sind. Samstags wurde eine Auslastung von 65% und donnerstags von 79% festgestellt. Nach Kenntniserlangung dieser Zahlen wurde die Meinung über das Vorhaben, eine Tiefgarage zu bauen, geändert.

Fragt Stadtverordneten Randschau, ob er überhaupt weiterhin hinter dem Parkhaus-Vorhaben steht.

Stadtverordnete N. Levenhagen weist darauf hin, dass die gleiche Diskussion bereits im BPA geführt wurde. Sie erwähnt, dass eine Bestandsaufnahme und Kalkulation trotz Corona-Situation möglich ist. Das Problem besteht vielmehr darin, dass die Ahrensburger:innen vor der Tür und nicht im Parkhaus einige Meter weiter parken wollen. Außerdem stellen die Planungskosten nur einen minimalen und notwendigen Anteil des Vorhabens dar und sind wichtig, um Zahlen (z.B. Parkplatzzählung) zu ermitteln.

Stadtverordneter Randschau antwortet auf die Frage von Stadtverordneten D. Levenhagen. Er möchte erst die Planung und ein Konzept und dann ggf. ein Parkhaus. Weiterhin wundert er sich über die von Stadtverordneten Levenhagen genannten Zahlen zur Auslastung, da diese nicht zu den Rückmeldungen des Einzelhandels passen (während Corona kaum Besucher). Die von Stadtverordnete N. Levenhagen erwähnten entstandene Kosten nur für eine Verkehrszählung empfindet er als viel zu hoch. Im Rahmen des Themas „Kosten“ wirft er die Frage in den Raum, wieso bei anscheinend ausreichend vielen Parkplätzen jetzt ein provisorischer Parkplatz hinter dem Rathaus gebaut werden soll.

Stadtverordneter Dr. Steuer antwortet, dass der provisorische Parkplatz nur als Ersatz für die Reitbahn dienen soll und ein Rückbau bereits beschlossen ist.

Stadtverordneter D. Levenhagen wiederholt seine Frage, ob Stadtverordneter Randschau noch zum Bau des Parkhauses steht oder nicht.

Stadtverordneter Randschau wiederholt, dass er sich erst ein vernünftige Verkehrs- und Parkraumplanung wünscht, bevor es zu einer Bauplanung kommt.

Stadtverordneter Bellizzi merkt an, dass Entscheidungen nach neuen Erkenntnissen und Fakten auch zurückgenommen werden können und dazu gestanden werden soll. Das wurde in diesem Fall nur z. T. gemacht. Die vorab ermittelten Zahlen können nicht als Grundlage für eine solche Entscheidung dienen, sondern stellen lediglich Erhebung dar. Die Zahlen müssen dringend hinterfragt werden, wenn z. B. Parkplätze hinten in der Adolfstraße für die Innenstadt mitgezählt werden. Er spricht sich auch für die Erstellung eines Konzepts aus, um daraufhin eine Entscheidung für ein Bauvorhaben in die Wege zu leiten.

Bürgermeister Sarach stellt fest, dass bereits vor Jahren untersucht wurde, ob es genügend Parkplätze gibt und festgestellt, dass genügend Parkplätze in der Stadt vorhanden sind. Es handelt sich demnach nicht um neue Erkenntnisse.

Stadtverordnete N. Levenhagen ergänzt, dass hierbei der gesamte Innenstadtring in die Überlegungen einbezogen worden sei, um einen besseren Überblick zu haben.

Stadtverordneter Mercan merkt an, dass durch das rechtzeitige Abrücken vom Vorhaben des Tiefgaragenbaus eine klimapolitische Katastrophe verhindert werden kann. Er möchte dem Antrag unbedingt zustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Dem Antrag AN/038/2021 wurde somit zugestimmt.

**2021/050**

### **9. Aufhebung der Auswahlentscheidung vom 23. September 2019 zur Neuvergabe der Stromkonzession in der Stadt Ahrensburg nach § 46 EnWG**

Stadtverordneter Egan hält den Sachvortrag.

Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss am 13.09.2021: 11 dafür, 1 Enthaltung.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Bürgervorsteher Wilde verliest den Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Auswahlentscheidung vom 23. September 2019 zur Neuvergabe der Stromkonzession in der Stadt Ahrensburg nach § 46 EnWG, die zugunsten der Stadtwerke Ahrensburg GmbH getroffen wurde, aufzuheben. Entsprechend soll, entgegen dem mit der Auswahlentscheidung verbundenen ursprünglichen Beschluss vom 23. September 2019, derzeit kein Konzessionsvertrag für das Stromversorgungsnetz der allgemeinen Versorgungen der Stadt Ahrensburg mit der Stadtwerke Ahrensburg GmbH abgeschlossen werden. Diesbezügliche Ermächtigungen, die mit der Auswahlentscheidung vom 23. September 2019 dem Bürgermeister erteilt worden sind, werden hiermit widerrufen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Zurückversetzung des Auswahlverfahrens zur Neuvergabe der Stromkonzession in der Stadt Ahrensburg nach § 46 EnWG in die Phase nach Eingang der Interessensbekundungen der Bieter. Die Bieter, die ihr Interesse an dem Auswahlverfahren bekundet haben, sollen zum Nachweis ihrer Eignung und bei Vorliegen dieser Eignung zur Abgabe neuer Angebote aufgefordert werden. Der Bürgermeister wird ermächtigt, sämtliche hierfür erforderlichen Schritte herbeizuführen.

## **Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Die Stadtverordneten stimmen somit dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2021/050 zu.

**10. 3. Änderung der Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Ahrensburg (Parkgebührenverordnung)**

Stadtverordneter Kubczig hält den Sachvortrag. Der Antrag behandelt mehrere kleine Änderungen. Es fallen einige Parkplätze weg, dafür kommen neue hinzu. Weiterhin gibt es eine neue Gebührenstaffelung. Dazu kommt, dass nun eine Abrechnung mit dem Handy möglich ist. Wichtig ist, dass die Parkgebührenerhebung mittlerweile Umsatzsteuerpflichtig ist, daher erfolge überhaupt die neue Verordnung.

Abstimmungsergebnis im BPA am 15.09.2021: Alle dafür.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Bürgervorsteher Wilde verliest den Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 2 beigefügte 3. Änderung der Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Ahrensburg (Parkgebührenverordnung) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: 21 dafür / 1 Enthaltung**

Die Stadtverordneten stimmen somit dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2021/081 zu.

**11. Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB für den Geltungsbereich des B-Plans Nr. 98  
- Neufassung wegen Anpassung gesetzlicher Grundlagen**

Stadtverordneter Kubczigk hält den Sachvortrag. Inhaltlich hat sich an dem Vertrag nichts geändert. Lediglich die mittlerweile geänderten gesetzlichen Grundlagen wurden aktualisiert, um zur Klarstellung und Verdeutlichung beizutragen.

Abstimmungsergebnis im BPA am 01.09.2021: Alle dafür.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Bürgervorsteher Wilde verliest den Beschlussvorschlag:

Dem als Anlage beigefügten städtebaulichen Vertrag nach § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Die Stadtverordneten stimmen somit dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2021/082 zu.

## 12. **Beschluss zur Fortführung des On-Demand-Verkehrs Ahrensburg in 2022 und 2023**

Stadtverordneter Kubczig hält den Sachvortrag. Ioki soll weitere zwei Jahre fortgeführt werden. Das zweite Jahr ist allerdings mit einem Sperrvermerk versehen. Die Telefonbuchungen sollen nicht wie bisher fortgeführt werden, sondern es soll eine Alternative dazu geben. Ein weiterer Punkt ist die Verlagerung des Buslinienbestands - hier sollen 170.000,- € an Leistungen eingespart werden. Außerdem ist die Frage zu klären, ob Schmalenbek, Ammersbek und Großhansdorf mitanzuschließen sind.

Stadtverordneter Randschau stellt den Änderungsantrag AN/057/2021 vor und begründet diesen damit, dass in Schmalenbek, Ammersbek und Großhansdorf Bedarf besteht, an Ahrensburg angebunden zu werden. Er empfindet es in der Testphase von ioki als riskant, den Buslinienbestandsverkehr einzuschränken. Vorab ist zu klären, ob ioki den Verkehr gerade zu Stoßzeiten überhaupt abfangen kann. Außerdem ist die Corona-Situation ein schwieriger Zeitpunkt, um Fakten zu schaffen, die als Grundlage für diese Entscheidung dienen können, da viele Bürger:innen im Home Office arbeiten. Weiterhin ist es auch schwierig Buslinien wieder neu zu etablieren, wenn sie einmal aufgehoben wurden. Er empfiehlt eine Entscheidung bzgl. der Einschränkung des Buslinienbestandsverkehrs erst nach der weiteren Testphase von ioki.

Stadtverordneter D. Levenhagen kündigt an, den Änderungsantrag abzulehnen. Er wohnt im Steinkamp, wo der Bus kaum gebraucht wird und ioki deutlich besser funktioniert. Er möchte den ÖPNV (inkl. des Busverkehrs) grundsätzlich fördern aber nur da, wo er wirklich gebraucht wird.

Stadtverordneter Mercan bezeichnet ioki als ein Erfolgsprojekt von Ahrensburg. Gerade als mobilitätseingeschränkter Bürger ist er begeisterter Nutzer des Service. Er hält ioki für verkehrspolitisch und ökologisch sinnvoll und spricht sich für eine Verlängerung aus. Für ihn bedarf es keines Sperrvermerks und er möchte dem Ergänzungsantrag AN/058/2021 zustimmen, weil er ihn für sozialpolitisch sinnvoll hält.

Stadtverordneter Bellizzi findet es gut, dass es eine Testphase für das Projekt gab, aber zieht eine negative Bilanz daraus. Die Frage, wie viele Menschen tatsächlich dazu bewegt werden konnten, vom PKW auf den ÖPNV umzusteigen, konnte bisher nicht beantwortet werden. Er verlangt solche Antworten, bevor das Projekt verlängert wird. Zudem sieht er den Nutzen und die Notwendigkeit von ioki nicht, da neben 60.000 km, die mit Personen gefahren wurden, auch 72.000 km leer gefahren wurden. Er empfindet den Zuschuss von 10,- € pro Fahrt als zu hoch. Das Projekt erfüllt den Zweck nicht, die Bürger:innen zum ÖPNV hinzubewegen. Außerdem sieht er den Ergänzungsantrag AN/058/2021 als falschen Ansatz der Subventionierung, weil ein Sozialticket dann nur für den gesamten ÖPNV Sinn macht.

Stadtverordneter Dr. Steuer spricht sich für ioki aus und ist der Meinung, dass sich die Benutzerzahlen gerade trotz Corona gut entwickelt haben. Es besteht lediglich ein Problem mit den Kosten, weshalb er den Sperrvermerk für sinnvoll hält. Er unterstützt die Fortführung des Projekts, aber findet die Zusammenlegung der Buslinien unglücklich.

Stadtverordneter Mercan widerspricht Stadtverordneten Bellizzi und spricht sich erneut für das Projekt aus, um einen klimapolitisch wichtigen Schritt zu machen. Auch das Sozialticket für ioki sieht er zumindest als Anfang.

Stadtverordneter Bellizzi entgegnet Stadtverordneten Dr. Steuer, dass die Auswirkungen von Corona bereits berücksichtigt wurden. Es handelt sich trotz dessen um ein finanzpolitisch nicht tragbares Projekt.

Herr Müller merkt an, dass rund 1/3 von 15 Mitgliedern des Seniorenbeirats ioki nutzen. Er sieht in dem Projekt sehr wohl eine Perspektive, um den ÖPNV attraktiver zu machen. Gerade schwer erreichbare Stellen in Ahrensburg werden durch ioki für jeden zugänglich. Er bemängelt aber, dass es an klassischer und deutlicher Information fehlt, die das Angebot erläutert. Insbesondere gibt es keine Informationen bei Ausgabe der Fahrkarten.

Stadtverordneter Dr. Steuer entgegnet Stadtverordneten Bellizzi, die Benutzerzahlen sind lediglich aufgrund von Corona noch nicht da, wo sie sein sollten. Z. B. konnte kaum Werbung gemacht werden, woher der niedrige Bekanntheitsgrad resultiert. Er meint, dass sich das Projekt insbesondere nach der Corona-Situation entwickeln wird.

Stadtverordneter Mercan hält die Kilometer, die leer gefahren werden nicht für eine Argumentationsgrundlage, weil die Autos elektrisch fahren und die Mehrkilometer daher umwelttechnisch zu vernachlässigen sind. Er weist darauf hin, dass der ÖPNV mobilitätseingeschränkte Personen nicht mobil macht, z. B. durch zu weite Wege zu der nächsten Bushaltestelle.

Stadtverordnete N. Levenhagen sieht ioki noch nicht als Erfolgsgeschichte, aber ist positiv gestimmt. Ihr ist eine Refinanzierung des Projekts wichtig - die bisherige Bezuschussung ist auf Dauer nicht tragbar. Ein umfangreiches Testen und Ausprobieren des Projekts ist wichtig, um weitere Entscheidungen zu treffen. Buslinien sollen durch ioki nicht einfach ersetzt werden. Der 1,- € Komfortzuschlag soll erstattet werden, wofür sie sich Gespräche mit dem Verkehrsverbund wünscht. Insgesamt befürwortet sie das Sozialticket und möchte keine weiteren finanziellen Einschränkungen für das Projekt.

Stadtverordneter Bellizzi entgegnet Stadtverordneten Mercan, der Strom für Elektroautos produziert aufgrund des Strommix nur 16% weniger Co2 als ein Diesel-Auto verbraucht (gemäß Zahlen des Umweltministeriums).

Stadtverordneter D. Levenhagen erkundigt sich zum Antrag AN/058/2021, wie die Erstattung bei Vorlage einer Quittung abgewickelt werden soll.

Stadtverordneter Kubczig beantragt das Ende der Rednerliste zum Sachvortrag nach den Wortmeldungen der Stadtverordneten Egan und N. Levenhagen.

### **Abstimmungsergebnis: 12 dafür / 5 dagegen / 5 Enthaltungen**

Die Rednerliste zum Sachvortrag wird damit nach den folgenden zwei Wortmeldungen geschlossen.

Stadtverordneter Egan erläutert, dass es den Komfortzuschlag nur aufgrund vieler Missbräuche durch z. B. Mehrfachbuchungen gibt. Insgesamt betrifft die Regelung im Sinne des Antrages AN/058/2021 nur ca. 20-30 Fahrten im Monat, so dass sich der Aufwand für eine Rückerstattung des Komfortzuschlages nicht lohnt. Er sieht ein Risiko, dass das Sozialticket ggf. auch missbraucht wird. Außerdem fordert er eine Erweiterung des Netzwerkes nur unter der Bedingung, dass Start- oder Zielpunkt der Fahrt Ahrensburg sein muss, damit ioki nicht auf Kosten der Stadt Ahrensburg innerhalb der anderen Gebiete genutzt wird.

Stadtverordnete N. Levenhagen möchte die 1,- € nicht generell streichen, sondern nur da, wo der Bus durch ioki ersetzt wird und für sozial Benachteiligte.

Die CDU-Fraktion beantragt eine Auszeit von 5 Minuten. Es erfolgt kein Widerspruch.

Bürgervorsteher Wilde verliest den Beschlussvorschlag:

1. Grundsatzbeschluss:

Im Vorgriff auf die Haushaltssatzung für die Jahre 2022 und 2023 wird die Fortführung des Pilotprojekts „On-Demand-Verkehr Ahrensburg mit ioki Hamburg“ für beide Jahre beschlossen. Die Stadt Ahrensburg finanziert die damit verbundenen Gesamtkosten für Betrieb, Personal und Öffentlichkeitsarbeit in der Höhe von bis zu 1.262.000,- € (der Budgetanteil für das Jahr 2023 wird mit einem Sperrvermerk versehen).

2. Beschluss über die Fortführung der Telefonbuchung:

Die Stadt Ahrensburg verzichtet auf das Angebot der Telefonbuchungen der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein. Die Verwaltung wird beauftragt eine alternative Lösung für rund 20.000,- € herbeizuführen.

3. Beschluss über die Verlagerung im öffentlichen Personennahverkehr:

Durch Verlagerungen im Buslinienbestandsverkehr können 170.000,- € an Leistungen eingespart werden, die der Kreis Stormarn in die Stadt Ahrensburg zur Umsetzung des On-Demand-Verkehrs reinvestiert. Die Verwaltung prüft, ob das Bedienegebiet um die Siedlung Daheim in Ammersbek und Teile des Ortsteils Schmalenbek in Großhansdorf zu erweitern ist.

Abstimmung über den Änderungsantrag AN/057/2021:

Die Stadtverordnetenversammlung möge den bisherigen Punkt 3 der Vorlage durch den folgenden neuen Punkt 3 ersetzen.

3. Beschluss über den Buslinienbestandsverkehr und die mögliche Erweiterung des Bediengebietes

Der Buslinienbestandsverkehr wird für die Dauer der Verlängerung des Projektes nicht reduziert. Die Verwaltung prüft, ob das Bediengebiet um die Siedlung Daheim in Ammersbek und Teile des Ortsteils Schmalenbek in Großhansdorf zu erweitern ist. Eine Erweiterung kann nur dann erfolgen, wenn die betroffenen Gemeinden sich in angemessener Weise an der Finanzierung der Kosten beteiligen.

**Abstimmungsergebnis: 9 dafür / 12 dagegen / 1 Enthaltung**

Der Änderungsantrag AN/057/2021 zur Vorlage 2021/086/1 wurde somit abgelehnt.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragen nachfolgende Ergänzung:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. umgehend ein geeignetes Erstattungsmodell zu entwickeln und einzuführen, den Fahrgästen den 1,- EUR Komfortzuschlag auf den Busstrecken für die Zeiten zu erstatten, in denen die Busse durch ioki ersetzt werden
2. zusammen mit dem VHH an ioki heranzutreten, um möglichst eine dementsprechende Programmierung vorzunehmen
3. Kriterien für ein ioki Sozialticket zu entwickeln mit dem Ziel, dieses spätestens zum Sommerfahrplan 2022 einzuführen
4. zusammen mit dem VHH an ioki heranzutreten, um möglichst eine dementsprechende Programmierung vorzunehmen
5. geeignete Alternativen zu entwickeln, sozialschwachen Bevölkerungsgruppen ein Sozialticket zugutekommen zu lassen, sollte eine Programmierung durch ioki nicht möglich sein.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag AN/058/2021:

**Abstimmungsergebnis: 17 dafür / 4 dagegen / 1 Enthaltung**

Dem Ergänzungsantrag AN/058/2021 zur Vorlage 2021/086/1 wurde somit zugestimmt.

Stadtverordneter Kubczig beantragt Einzelabstimmung der Punkte des Beschlussvorschlags.

In Abstimmung mit Bürgermeister Sarach schlägt Bürgervorsteher Wilde den Ergänzungsantrag AN/058/2021 als Punkt 4 vor.

Sodann wird über den ergänzten Beschlussvorschlag wie folgt einzeln abgestimmt.

Punkt 1 Grundsatzbeschluss:

**Abstimmungsergebnis: 19 dafür / 2 dagegen / 1 Enthaltung**

Punkt 2 Beschluss über die Fortführung der Telefonbuchung:

**Abstimmungsergebnis: 19 dafür / 2 dagegen / 1 Enthaltung**

Punkt 3 Beschluss über die Verlagerung im öffentlichen Personennahverkehr:

**Abstimmungsergebnis: 15 dafür / 6 dagegen / 1 Enthaltung**

Punkt 4 AN/058/2021:

**Abstimmungsergebnis: 17 dafür / 4 dagegen / 1 Enthaltung**

gez. Roland Wilde  
Vorsitzender

gez. Neomi Munneke  
Protokollführerin